Wie auf dem Ponyhof

VG-Rat Herdorf-Daaden verabschiedet in größter Harmonie den Etat

damo Daaden. Ein Ponyhof ist nichts gegen den Verbandsgemeinderat Herdorf-Daaden: Mehr Harmonie als dort mag man sich kaum vorstellen. Nicht nur, dass der Haushaltsplan einstimmig beschlossen wurde – nein, auch die Redebeiträge ließen am Donnerstagabend erkennen, dass sich viele Ratsmitglieder mittlerweile mit der Zwangseingliederung arrangieren. Da lobt Bürgermeister Wolfgang Schneider die Ratsmitglieder: "Es macht uns - meiner Verwaltung und mir - Freude, mit ihnen zusammenzuarbeiten." Und Uwe Geisinger, der als Kopf der CDU-Fraktion de facto auch für die Herdorfer spricht, hebt den "transparenten Umgang mit den Vertretern der Gremien" hervor und bedankt sich "ausdrücklich für die freundliche Aufnahme und das bisherige gute Miteinander". Hach!

Ähnlich nette Töne wurden angeschlagen, als es um den Haushaltsplan ging. Bis auf Peter Bosbach (FDP) sagten alle Redner, dass selbst der Sprung bei der Umlage auf nunmehr 30 Prozent den Ortsgemeinden und der Stadt Herdorf genug Spielraum lasse. Und auch in der Einschätzung, dass der Haushalt solide und mit Augenmaß erstellt sei, stimmten alle Fraktionsvorsitzenden überein. Einigkeit herrschte auch in dem Wunsch, dass der Verwaltungsgerichtshof endlich ein Urteil zur Fusion sprechen soll, damit Klarheit herrscht. Und doch setzten alle Redner noch individuelle Schwerpunkte:

▶ Bürgermeister Schneider betonte, dass auch in der neuen Verbandsgemeinde die alten Grundsätze Bestand haben: "Mit dieser Haushaltsplanung wird konsequent fortgeführt, was bei uns immer schon gängige Praxis ist, nämlich kontinuierlich dem Prinzip des soliden und sparsamen Wirtschaftens Rechnung zu tragen." Das sei umso mehr geboten, weil das Land die beiden zwangsvermählten Kommunen mit der "Kraftanstrengung, die finanziellen Unterschiede auszuräumen", allein lasse.

- ▶ Walter Strunk (SPD) brachte mit seiner klaren Ansage zur Schule das Ultimatum an die Kreisverwaltung auf den Weg (siehe Artikel unten). Ferner lobte der Sozialdemokrat die Verwaltung für den guten Umgang mit Asylsuchenden. Er bat darum, dass die Verwaltung zu diesem Themenfeld bald noch einmal umfassend infor-
- ▶ Uwe Geisinger (CDU) ging auf die Investitionen ein und kam zudem auf ein Herdorfer Thema zu sprechen: Jetzt, da die Frage der Trägerschaft der Grundschule geklärt sei, könne deren Umzug in die Don-Bosco-Schule angepackt werden. Dass damit zumindest übergangsweise zwei Schulen unter einem Dach untergebracht wären, sei "durchaus vertretbar und in der Gebäudestruktur durchführbar". Und der Haushalt werde entlastet, wenn ein Schulgebäude eingespart werde.
- ▶ Günter Knautz (FWG) begrüßte, dass der Haushalt vor allem Investitionen in die Zukunft und für das Wohl der Allgemeinheit beinhalte - z.B. ins Feuerwehrwesen und in die Schulen.
- ▶ Peter Bosbach (FDP) machte deutlich, dass nicht weiter an der Umlagenschraube gedreht werden dürfe, zugleich aber mit höheren Ausgaben (z.B. durch die Kreisumlage und das Zinsniveau) zu rechnen sei. Ergo müsse man alle Synergien, die die Fusion biete, nutzen. Insbesondere bei den Personalkosten sieht der Liberale "das größte Synergiepotenzial der Fusion".

Letzte Chance für den Kreis

Schulträgerschaft: Für den VG-Rat Herdorf-Daaden ist das Maß voll



Der Verbandsgemeinderat Herdorf-Daaden legt die Hände nicht mehr in den Schoß: Die Schieflage bei der Schulfinanzierung soll endgültig beendet werden. Foto: damo

damo Daaden/Herdorf. Einen Vorwurf kann man der Daadener Verwaltung ganz sicher nicht machen: dass sie zu Schnellschüssen neigt. Das aber heißt nicht, dass sich die Daadener alles bieten lassen: Diese Erfahrung muss jetzt der Landkreis Altenkirchen machen. Denn der Verbandsgemeinderat Herdorf-Daaden setzt der Kreisverwaltung die Pistole auf die Brust: Im Dauerstreit um die Schulfinanzierung macht der Rat ernst. In seiner Sitzung am Donnerstag hat das Gremium erstmals die Weichen für einen Wechsel in der Trägerschaft der Realschulen plus Daaden und Herdorf gestellt.

In der Haushaltsdebatte war die Schieflage bei der Finanzierung gleich von mehreren Rednern angesprochen worden. Die deutlichsten Worte hatte SPD-Sprecher Walter Strunk gewählt: "Bitteschön, dann sollen sie sich die Schulen holen", adressierte er nach Altenkirchen: "Wir sollten die Schulen nicht weiter als Belastung in unserem Haushalt haben."

Hintergrund: Zwei Realschulen befinden sich in Trägerschaft der Verbandsgemeinde Herdorf-Daaden; das belastet natürlich deren Kasse. Zugleich aber muss die Verbandsgemeinde Geld an den Kreis abführen, damit der seine Realschulen plus unterhalten kann. Die VG zahlt damit doppelt. Alle Versuche, eine gütliche Einigung mit dem Kreis zu finden, sind bislang gescheitert. Zuletzt hatte der Kreis sogar ein Angebot ausgeschlagen, bei dem sich beide Parteien die Kosten geteilt hätten (die SZ berichtete mehrfach).

Ergo zieht der VG-Rat jetzt sehr ernsthaft in Erwägung, die Schulträgerschaft an den Kreis abzugeben. Jährlich würde das den Haushalt um rund 450 000 Euro entlasten. Einstimmig wurde folgender Beschluss gefasst: Dem Kreis wird ein letztes Mal das Angebot einer Kostenteilung unterbreitet – lehnt er wieder ab, verlangt die Verbandsgemeinde den Wechsel der Trägerschaft zum nächsten Schuljahr.

Dass mit dem Wechsel der Trägerschaft die Qualität des schulischen Angebots leiden könnte, steht nach Einschätzung von Bürgermeister Wolfgang Schneider nicht zu befürchten – da das Lehrerkollegium ohnehin vom Land bezahlt werde, gelte es lediglich, auf den Fortbestand ergänzender Angebote (z.B. Jobfux) zu achten.

Gebhardshain ist am Zug

VG-Rat Herdorf-Daaden beschließt, ein bisschen aktiver zu werden

damo Daaden. Einmal ist die Braut in allerletzter Sekunde abgesprungen – ein zweites Mal wird es der Verbandsgemeinde Herdorf-Daaden nicht passieren, dass sie mutterseelenallein vor dem Standesamt steht. Das wurde am Donnerstag im Verbandsgemeinderat deutlich, als es um den FWG-Antrag zur Kommunalre-

Wie die SZ bereits ausführlich berichtete, hatten die Freien Wähler aus der VG Herdorf-Daaden gemeinsam mit ihren Kollegen aus dem Gebhardshainer Land noch einmal versucht, die Dreierlösung (sprich: Daaden/Herdorf/Gebhardshain) auf den Weg zu bringen. Schließlich sei das laut dem Junkernheinrich-Gutachten die sinnvollste Variante einer Fusion. Allerdings hatte der VG-Rat Herdorf-Daaden bereits im Dezember über das Thema beraten und beschlossen, dass gemeinsame Gespräche erst dann aufgenommen würden, wenn sich die Gebhardshainer eindeutig für eine Fusion mit der neuen VG Herdorf-Daaden entschieden hätten.

Daran hat sich auch mit dem FWG-Antrag grundsätzlich nichts geändert - allerdings: Der VG-Rat hat jetzt einstimmig beschlossen, dass die VG eine etwas aktivere Rolle einnehmen wird.

Soll heißen: Den Gebhardshainern wird die "sofortige Terminierung einer gemeinsamen Ausschusssitzung" in Aussicht gestellt - wohlgemerkt aber erst dann, wenn dort feststeht, dass mit der VG Herdorf-Daaden fusioniert werden soll. Mit anderen Worten, nämlich denen von CDU-Sprecher Uwe Geisinger: "Der Ball liegt im Spielfeld der Verbandsgemeinde Gebhardshain."

Schäferei steht vor dem Aus

EMMERZHAUSEN BlmA bleibt hart und bietet den Kleins kein Land auf dem Stegskopf an

damo 🔳 derschmetternde Nachricht für das Schäfer-Ehepaar Klein: Die Bundesanstalt für Immobilien (BImA) lehnt es kategorisch ab, der Schäferei Flächen auf dem Stegskopf zu verpachten. Damit sehen sich die Kleins gezwungen, ihre Herde zu verkaufen und ihren Beruf an den Nagel zu hängen.

Seit 1999 hat die Schäferei Flächen der Bundeswehr gepachtet, seit 2003 auf dem Stegskopf (die SZ berichtete ausführlich). Diese werden als Sommerweide genutzt: Im Winter zieht die Herde durch die Lande – so können

nicht im knietiefen Schnee stehen, sondern dort weiden können, wo der Winter milder ist. Dieses uralte Konzept der Wanderschäferei basiert auf dem Prinzip, dass landwirtschaftliche Flächen nur außerhalb der sommerlichen Vegetationsperdiode für Wanderschäfer zur Verfügung stehen - im Sommer nutzen die Eigentümer die Flächen schließlich selbst.

Ergo sind die Schäfer ab dem Frühjahr auf den Stegskopf angewiesen. Und bis das Ende der militärischen Nutzung öffentlich bekannt wurde, verlief die Pachtzeit auch konfliktfrei. Zuletzt hatte es aber zwischen dem hoheitlich auf dem Platz tätigen Bundesforst und der Schäferei immer mehr geknirscht, sodass es schließlich zur Kündigung kam. Dagegen setzten sich die Kleins juristisch zur Wehr: Weil sie die Kündigung für ungerechtfertigt hielten und weil der Stegskopf für sie aus mehreren Gründen alternativlos ist – so haben die Kleins z.B. ein Wohnhaus in Langenbach gekauft und ihren Betriebssitz dorthin verlegt.

In diesem Wissen hat sich jetzt der Landtagsabgeordnete Michael Wäschenbach für die Wanderschäfer stark gemacht. Er hat sich an die BImA gewandt,



Es steht zu befürchten, dass es dieses Bild bald nicht mehr gibt: Die Wanderschäferei Klein steht vor dem Aus, weil sie ihre bisherige Sommerweide nicht mehr nutzen darf.

zuständig ist. "Ich möchte Sie bitten, der Schäferei Klein kurzfristig eine betriebliche Überlebenschance mittels eines Pachtvertrags über 100 bis 120 Hektar zu eröffnen", lautete Wäschenbachs Appell an die Behörde.

In seinem Schreiben hat Wäschenbach darauf verwiesen, dass ihm ausschließlich gute Referenzen über die Schäferei Klein vorlägen. Neben den "erkennbar guten fachlichen Kompetenzen" gehe es aber auch um soziale Aspekte und "den Erhalt einer für die Region wichtigen Vollerwerbsschäferei". Wäschenbach hat in seinem Brief an die BImA unmissverständlich deutlich gemacht, dass für die Kleins alles auf dem Spiel steht: "Ohne die kurzfristige Perspektive einer konkreten Pachtmöglichkeit wird die Betriebsaufgabe nun kaum noch abwendbar sein, was das Ende der Schäferei Klein bedeu-

Auch der BUND hat sich für die Schäferei Klein eingesetzt. Wie dessen Sprecher Wolfgang Stock jetzt im Gespräch mit der SZ erklärte, sprächen aus Sicht mehrere des Naturschutzverbands Gründe dafür, den Kleins Flächen zu ver-

die Schäfer sicherstellen, dass ihre Tiere die für Pachtverträge auf dem Stegskopf pachten. "Wir müssen die Bewirtschaftung der Flächen auf dem Stegskopf forcieren", sagte Stock mit Verweis auf die wertvollen Offenland-Strukturen auf dem früheren Truppenübungsplatz. Ohne Pflege drohen diese Bereich zu verbuschen. "Und natürlich geht es uns auch um das Schäferehepaar und die Herde." Wo immer er sich nach den Kleins erkundigt habe, sei ihm nur Positives berichtet worden. Das habe er unter anderem Ministerin Ulrike Höfken mitgeteilt.

> Allerdings: Bei der BImA verhallten alle Appelle ungehört - die Behörde macht in einem Antwortschreiben an Wäschenbach unmissverständlich klar, dass sie die Betriebsaufgabe billigend in Kauf nimmt. Dass sie den Kleins keinen Pachtvertrag anbietet, begründet die Behörde so: "Die Umstände der Beendigung des vormaligen Vertragsverhältnisses mit der Bundeswehrverwaltung stehen der Begründung eines Vertragsverhältnisses mit der BImA entgegen."

> Dass sich nach Angaben von Stock und Wäschenbach die Akteure vor Ort aber mittlerweile zu einem klärenden Gespräch getroffen und ihre Unstimmigkeiten beigelegt haben, scheint für die BImA keine Rolle zu spielen. Daniel Montanus

> > ANZEIGE —





Verlängerte Öffnungszeiten im Freizeitbad während der Osterferien (30.03.-10.04.2015)

Montag Dienstag/Donnerstag Mittwoch **Freitag** Damenschwimmen Samstag, Sonntag und Feiertag

7.00-21.00 Uhr 9.00-21.00 Uhr 7.00-21.00 Uhr 7.00-22.00 Uhr entfällt

8.00-20.00 Uhr

Die Saunalandschaft öffnet zu den gewohnten Zeiten für Sie!





Freizeitbad Olpe Seeweg 5 ~ 57462 Olpe 02761/93 85 0 www.freizeitbad-olpe.de info@freizeitbad-olpe.de

Für unsere Kinder & Familien

Zauberer Thorsten Lasst Euch in die Welt der Zauberei entführen.

So, 03.05.

15.00 - 16.40 Uhr



Spielenachmittag mit **Aqua-Disco**

Mit den neusten Charthits & unserer Krake!

Fr, 27.03. und 24.04.201 15.00 - 19.00 Uhr

